

Die Demokratische Partei und die Aufwertung.

Die Demokraten zur Aufhebung der 3. Steuer-Notverordnung.

Die Inflation, die Ursache der Entwertung, begann bereits im Kriege, dank der Finanzpolitik des Staatssekretärs Dr. Helfferich. Er meinte, „das Bleigewicht der Milliarden sollen die Feinde tragen“, und unterließ es, durch hohe Kriegsgewinnsteuern den Krieg zu finanzieren. Als der Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet wurde, hatte die Mark nur noch $\frac{1}{10}$ ihres Wertes. Wie sie dann in den Nachkriegsjahren nach und nach vollständig entwertet worden ist, das ist bekannt. Dieser Absturz hätte nur dann vermieden werden können, wenn die Erfüllungspolitik, d. h. der Versuch, sich mit den Feindmächten in erträglicher Form zu verständigen, eher durchgeführt wäre, und

wenn das Reich rechtzeitig Goldsteuern erhoben hätte, wie es der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Fischer-Ehln bereits 1922 beantragte.

Diesen Forderungen widersetzten sich die Rechtsparteien und die großen Wirtschaftsverbände, und die unter deutschnationaler Leitung (Havenstein) stehende Reichsbank trug durch ihre Kreditpolitik (Papiermarktfredit ohne Entwertungsklausel an die großen Kapitalisten) wesentlich zum Zusammenbruch der Mark bei.

Sparer, Kleinrentner, Hypothekengläubiger, weite Kreise des Mittelstandes und der Arbeiterschaft sind durch diese Entwertung um die Früchte ihrer Sparsamkeit und ihres Fleißes betrogen worden. Es ist daher mehr als begreiflich, daß die Aufwertungsfrage auch in diesem Wahlkampfe eine große Rolle spielt.

Daher muß der wahre Sachverhalt klar dargestellt werden, um die Geschädigten und Verarmten nicht auf die Schlagworte derer hineinfallen zu lassen, die die Nutznießer der Inflation waren, und die gar nicht daran denken, das geschehene Unrecht durch eine Aufwertung wieder gut zu machen

Es war ein Minister der Deutschen Volkspartei,

der Justizminister Heine, der durch seine Erklärung: „Es gibt keine Aufwertung, Mark ist Mark“ unzählige Hypothekengläubiger veranlaßt hat, die Papiermarkzahlungen der Hypothekenschuldner ohne Vorbehalt anzunehmen.

Und es war wiederum ein der Deutschen Volkspartei nahestehender Minister, der Reichsfinanzminister Dr. Luther, der die dritte Steuernotverordnung durchgesetzt hat.

Ohne den Widerstand der demokratischen Vertreter des Reichstagsausschusses wäre der Aufwertungssatz sogar auf nur 10% festgesetzt, und alle öffentlichen Anleihen wären schlechthin gestrichen worden.

Vor dem Aufwertungsausschuß erklärten die rechts gerichteten Vertreter der großen Wirtschaftsverbände, daß an der dritten Steuernotverordnung festgehalten werden müsse, und daß die Wirtschaft eine weitere Aufwertung nicht ertragen könne. Ferner erklärte

der deutschnationale Vertreter des Landbundes, Graf Kalkreuth,

die Landwirtschaft könne nur aufwerten, wenn 1. die Reichsanleihe aufgewertet würde, 2. Getreidezölle eingeführt würden, 3. die landwirtschaftlichen Erträgen ermäßigt würden, 4. die Steuern auf die Landwirtschaft herabgesetzt, und 5. billige Kredite aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung der Landwirtschaft gestellt würden. Also: Aufwertung unter unmöglichen Bedingungen auf Kosten der anderen Bevölkerungsschichten.

Im letzten Reichstagswahlkampf forderten die Deutschnationalen eine 100prozentige Aufwertung; der volksparteiische Abgeordnete Düringer versprach den Wählern eine 40prozentige Aufwertung.

Keine von beiden Parteien

hat aber im Aufwertungsausschuß entsprechende Anträge gestellt.

Die Volkspartei stellte sich sogar hinter den Finanzminister, der eine Aufwertung in größerem Rahmen für unmöglich hielt.

Es muß hier festgestellt werden, daß die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei im Aufwertungsausschuß keinen Weg gezeigt haben, wie aufgewertet werden solle.

Ein Antrag des Zentrumsabgeordneten Fleischer, dessen völlige Undurchführbarkeit heute selbst der Dummste einsieht, hat lediglich eine ungeheure Spekulation an der Börse hervorgerufen, ohne jemandem damit zu nützen.

(9)

STADTARCHIV
BRÄUNSCHWEIG

H XVII 9:16

